



Königstreue Vertreter der Stämme gewinnen Parlamentswahlen in Jordanien

Islamisten schneiden mit 17 Sitzen unerwartet schlecht ab
Weibliche Kandidaten kommen nur über Frauenquote ins Parlament

In Jordanien haben am 17. Juni 2003 die ersten Parlamentswahlen seit 1997 und dem Amtsantritt von König Abdallah II. im Jahre 1999 stattgefunden. Dabei gewannen königstreue Kandidaten, die dank ihrer Stammeszugehörigkeit gewählt wurden, die absolute Mehrheit der 110 Parlamentssitze. Die Islamische Aktionsfront (IAF), die einzig organisierte politische Oppositionspartei, schnitt mit 17 Sitzen überraschend schlecht ab. Keine der 54 weiblichen Kandidaten wurde direkt gewählt, allerdings werden sechs Frauen über die neue Frauenquote ins Parlament einziehen.

Im Juli 2001 hatte der junge Monarch das Parlament mit dem Argument aufgelöst, er wolle ein neues Wahlgesetz einführen, bevor der nächste Urnengang stattfindet. Ein neues Wahlgesetz war seit Jahren die Forderung von Menschenrechtsgruppen und der Islamischen Aktionsfront, die sich benachteiligt sah und daher die Wahlen von 1997 boykottierte: Es gilt „one man, one vote“. Parteilisten sind verboten. Jeder Kandidat kann nur als Einzelkämpfer antreten und versuchen, in seinem Wahlkreis direkt gewählt zu werden. Nicht nur die Islamisten kritisieren, dass damit die Wahl nach

Stammesloyalitäten unterstützt wird und die Wahl von Parteien und politischen Programmen verhindert wird.

Das neue Wahlgesetz hält nicht, was es verspricht

Das neue Wahlgesetz steht auch im Kontrast zu den Ankündigungen des Königs, er wolle politische Parteien im Lande fördern. Mit diesem Argument hatte er im Sommer 2002 erneut die Parlamentswahlen verschoben. Im Frühjahr 2003 legte der König dann schließlich ein neues Wahlgesetz vor. Diese Missstände wurden jedoch nicht behoben: Er erhöhte lediglich die Zahl der Sitze im Parlament von 80 auf 110, worunter sich auch die sechs neu geschaffenen Quotensitze für Frauen befinden. Das Wahlalter wurde auf 18 Jahre gesenkt. Nach wie vor ernannt der König die Mitglieder der zweiten Kammer des Parlaments, des Senats, der bisher 40 Sitze umfasste. Es wird damit gerechnet, dass nach der Erhöhung der Sitze in der ersten Kammer auch die Sitzzahl des Senats erhöht wird.

Während das Verbot von Parteilisten eine repräsentative Vertretung politischer Gruppen behindert,

macht der Wahlkreiszuschnitt eine repräsentative Vertretung der Bevölkerung im Parlament unmöglich. Ländliche und von loyalen Beduinenstämmen beherrschte Gebiete sind überproportional repräsentiert. So wurden bei den Wahlen von 1997 die 517.000 Einwohner des zweiten Ammaner Wahlbezirks mit drei Abgeordneten vertreten, während die 165.000 Einwohner der Provinz Karak im Süden neun Vertreter ins Parlament entsenden konnten. Die Städte und Flüchtlingslager, in denen Islamisten und andere Kritiker des Königshauses ihre Klientel haben, werden dadurch benachteiligt.

Islamisten über Wahlergebnis enttäuscht

Dennoch hat auch die Islamische Aktionsfront an den Wahlen von 2003 teilgenommen. Zwar sprachen sich die Mitglieder gegen eine Teilnahme aus, aber die Parteiführung entschied, angesichts der kritischen Lage in der Region nach dem Irak-Krieg und der Konfrontation in Palästina dennoch ins Rennen zu gehen. Allerdings stellten sie nur unbekannte Kandidaten der zweiten Reihe auf, worin einige Beobachter eine Abmachung mit dem König sehen, in diesen schwierigen Zeiten Ruhe im Land

zu bewahren. Der bekannte IAF-Vertreter Abdul Munem Abu Zant trat dennoch an und wurde daraufhin aus der Partei ausgeschlossen. Er wurde mit weitem Vorsprung vor seinen königstreuen Konkurrenten im zweiten Amman Wahlkreis gewählt.

Nichtsdestotrotz haben die Islamisten überraschend schlecht abgeschnitten: Von ihren 30 Kandidaten konnte sie nur 17 durchbringen. Hinzu kommt die erste weibliche Kandidatin der IAF, die über die Frauenquote ins Parlament einziehen wird. Der Leiter der Shura, des obersten Parteigremiums der IAF, Abdul Latif Arabiyat, hatte nach eigenen Angaben mit mindestens fünf weiteren Sitzen in Madaba und Karak gerechnet.

Hunderte von gefälschten Wahlkarten?

Für das schlechteste Abschneiden der Islamisten seit der Wiedereinführung des Parlaments in Jordanien 1989 werden unterschiedliche Gründe genannt: Beobachter glauben, dass die Bevölkerung die Gruppe dafür bestraft hat, dass sie die letzten Wahlen von 1997 boykottierten und seither als eine „Partei im Exil“ agierte. Auch die Tatsache, dass die Partei zumeist unbekannte Gesichter ins Rennen schickte, wird als Grund für das schlechte Wahlergebnis genannt. Die IAF selbst machte auch Unre-

gelmäßigkeiten bei der Wahl dafür verantwortlich: In einem Brief an Premierminister Ali Abu Ragheb sprach der IAF-Generalsekretär Hamza Mansur von „Hunderten gefälschter Wahlkarten in Karak“, wo die Wahlbeteiligung mit über 80 Prozent extrem hoch war. Außerdem seien Wahlkarten mehrfach benutzt worden. Der Leiter der staatlichen Passstelle, Awni Yervas, räumte gegenüber der Nachrichtenagentur Petra ein, dass es eine „begrenzte Anzahl von Versuchen“ gegeben habe, Wahlkarten zu fälschen. Die Regierung wies jedoch den Vorwurf von Unregelmäßigkeiten zurück.

Außer den Islamisten gelang es nur der linken „Demokratischen Partei“, zwei Kandidaten ins Parlament zu entsenden. Die übrigen, generell schwach organisierten Parteien mit geringen Mitgliederzahlen, schafften den Sprung ins Parlament nicht. Wenn man einige unabhängige Kandidaten der islamischen Opposition zuschlägt, kommt dieser Block im Parlament auf 24 Sitze. Die Mehrzahl der Abgeordneten wurden als Unabhängige aufgrund von Stammesloyalitäten ins Parlament gewählt. Sie sind königstreu und sichern dem Monarchen politisch eine freie Hand. Damit kann Abdallah II. seine wirtschaftliche Liberalisierung und seine enge außenpolitische Anlehnung an die USA fortsetzen.

Geringe Wahlbeteiligung

Insgesamt war das Interesse der 2,3 Millionen Wahlberechtigten gering. Die Wahlbeteiligung lag landesweit bei 58,8 Prozent (1993: 69 Prozent, 1989: 62 Prozent). Während in tribalen Gebieten wie Karak die Wahlbeteiligung eine Rekordhöhe von 86 Prozent erreichte, gingen in der Hauptstadt Amman mit nur 44,6 Prozent die wenigsten Wähler an die Urnen. Die britisch-amerikanische Invasion Iraks, die von einer breiten Mehrheit der jordanischen Bevölkerung abgelehnt wurde, hat zu einer generellen Apathie geführt. Das Gefühl der Machtlosigkeit hat sich verstärkt. Wahlgesetz und Wahlkreischnitt ließen zudem viele Wähler zu Hause bleiben, weil sie keine Chance für eine wirkliche Veränderung sahen.

So gehen die königstreuen Stämme aus dieser Wahl gestärkt hervor, die organisierte Opposition in Form politischer Parteien ist geschwächt. Der König kann sich mit einem demokratisch gewählten Parlament schmücken, das er jederzeit auflösen und dessen Gesetze er durch Veto verhindern kann. Doch das wird kaum nötig sein, da das neue Parlament ihm relativ freie Hand beim Regieren lassen wird.

Andrea Nüsse, Amman

Ansprechpartner:

Hajo Lanz
Friedrich-Ebert-Stiftung
Referat Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika
Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin

E-mail: hajo.Lanz@fes.de
Tel.: 030 / 26 935 726
Fax: 030 / 26 935 757